



Ergebnisprotokoll über die
Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses am 03.12.2018
Ort: im Sitzungssaal des Landratsamts in Waiblingen, Alter Postplatz 10 in 71332 Waiblingen

Öffentlich

Anwesend:

Der Vorsitzende:

Die Ausschussmitglieder:

Landrat Dr. Siegel

Kreisräte/innen:

Jäger (bis 16:44 Uhr), Beutel, (CDU)

Heissenberger, Hundt, Metzger,
Theile

Riedel, Schäf, Wörner, Berger (SPD)

Ulrich, Dannenmann, Ostfalk, Heid (Freie Wähler)

Dr. Fleischer, Sturm, Härtner (GRÜNE)

Hofer (FDP-FW)

Heide (AfD/Unabhängige)

Bezler (Linke/ÖDP)

Entschuldigt:

Häußermann (CDU)

Wilhelm, Treiber (FDP-FW)

Ferner:

Finanzdezernent Geißler

Erster Landesbeamter Kretz-
schmar

Verkehrsdezernent Dr. Zaar

Herr Hein, Leiter Straßenbauamt (Top 2)

Herr Frank, Fachbereichsleiter (Top 1)

ÖPNV

Herr Schäufele, Amt für Umwelt-
schutz (Top 3)

Herr Menzel, Geschäftsführer (Top 3)

Energieagentur Rems-Murr

Weitere Mitarbeiter/innen

Presse

Der Schriftführer:

Kreisinspektorin Zaiss

Beginn der öffentlichen Sitzung 14:30 Uhr

Ende der öffentlichen Sitzung 17:11 Uhr



Beratung des Haushaltsplanentwurfs 2019

Drucksache 2018/042

Der Antrag der FDP-FW-Fraktion

die Mitgliedschaft bei der Gütegemeinschaft Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltungen e.V. zu beantragen und eine RAL-Zertifizierung durchzuführen

wird zur Kenntnis genommen. Die Verwaltung wird im Jahr 2019 ein Konzept bezüglich der Zertifizierung ausarbeiten.

Den weitergehenden Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Erhöhung des Zuschusses zum Firmenticket für die Mitarbeitenden der Landkreisverwaltung ab 1. April 2019

beschließt der Ausschuss mehrheitlich bei 4 Nein-Stimmen:

1. Dem Antrag wird zugestimmt.
2. Den Auszubildenden des Landratsamtes werden ab dem 01.04.2019 die Kosten für ein VVS-Ausbildungsabo aus dem Kreishaushalt vollständig ersetzt.
3. Das Landratsamt bezuschusst die anfallenden Kosten für ein VVS-FirmenTicket ab dem 01.04.2019 allen Mitarbeitenden zu 50 %.

Der Haushaltsantrag der SPD-Fraktion

für ein Sozialticket für 2-3 Zonen,

der Haushaltsantrag der Zählgemeinschaft Die Linke/ ÖDP

für ein Konzept eines VVS-weiten Sozialticket,



der Haushaltsantrag der Bündnis 90/ Die Grünen-Fraktion

für ein 1-Zonen Sozialticket,

werden abgelehnt.

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss nimmt den Beschlussvorschlag der Verwaltung

1. Der Umwelt- und Verkehrsausschuss nimmt den Sachstandsbericht der Verwaltung zur Kenntnis.
2. Über die konkrete Umsetzung von Maßnahmen und deren Erfolg wird die Verwaltung im zweiten Halbjahr 2019 berichten.

zum Antrag der SPD-Fraktion,

in allen Kantinen der Landkreiseinrichtungen sollen verstärkt regionale und Biolebensmittel verwendet werden,

zur Kenntnis.

Auf Antrag der SPD-Fraktion

Beitritt zur Agenda 2030 und Bereitstellung von jährlich 50.000 Euro für entwicklungspolitische Aktivitäten

beschließt der Umwelt- und Verkehrsausschuss einstimmig:

1. Der Umwelt- und Verkehrsausschuss stimmt zu, dass im Rahmen der Umsetzung des Klimaschutzhandlungsprogramms auch Förderanträge aus dem Landkreis mit ent-



wicklungspolitischem Bezug zum Klimaschutz gefördert werden können.

2. Die Verwaltung berichtet über die Zahl der entwicklungspolitischen Förderanträge, um auf dieser Grundlage ggfs. weitere Maßnahmen abzuleiten zu können.

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss nimmt zur Kenntnis, dass sich der Antrag der Zählgemeinschaft AfD/Unabhängige

Klimaschutz-Handlungsprogramm:

Ersatzlose Streichung der Maßnahme Stromsparchecker (KSM11)

erledigt hat.

Der Antrag der Zählgemeinschaft AfD/Unabhängige

Klimaschutz-Handlungsprogramm:

Beratungsprogramm für Industriebetriebe im Kreis zur Vermeidung von Kunststoffverpackungen

wird abgelehnt.

Der Antrag von Die Linke/ÖDP

Einrichtung eines Kompetenzzentrums für regenerative Energieerzeugung und massive Erhöhung der Energieberatungen von Haushalten

wird abgelehnt.

Dem Antrag der SPD-Fraktion



Die Umstellung auf LEDs am BSZ Backnang wird in den Jahren 2019 und 2020 vorgenommen (Klimaschutzprogramm S.8)

wurde mehrheitlich bei 1 Nein-Stimme zugestimmt.

Die Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag von die Linke/ÖDP

Photovoltaik plus Dachbegrünung auf kreiseigenen Flachdachgebäuden

wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen. Ein Bericht soll im Jahr 2019 erfolgen.

Auf Antrag der CDU-Fraktion

Förderung des Echtzeitinformationssystem an den Haltestellen der Omnibusverkehre

beschließt der Umwelt- und Verkehrsausschuss einstimmig bei 2 Enthaltungen:

1. Dem Antrag wird zugestimmt.
2. Die Kreisverwaltung wird beauftragt, eine möglichst unbürokratische Förderrichtlinie zu erarbeiten und dem Umwelt- und Verkehrsausschuss zur Abstimmung vorzulegen.



Der Umwelt- und Verkehrsausschuss nimmt zur Kenntnis, dass sich der Antrag der Zählgemeinschaft AfD/Unabhängige

Klimaschutz Handlungsprogramm:

Streichung der Position 2.2a zum Ausbau der Fotovoltaik auf kreiseignen Liegenschaften

erledigt hat.

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss nimmt den Antrag der CDU-Kreistagsfraktion

Überprüfung Kündigungsmöglichkeiten Verkehrslastenausgleich

zur Kenntnis.

Die Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag der SPD-Fraktion

Temporeduzierung auf den Bundesstraßen B14 und B29 auf durchgehend 100 km/h, sowie in den Tunnelstrecken einheitlich auf 80km/h. Regelmäßige Kontrollen durch den Landkreis.

wird zur Kenntnis genommen. Die Verwaltung wird beauftragt, weiterhin regelmäßige Verkehrsüberwachungsmaßnahmen durchzuführen.

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss nimmt den Antrag der SPD-Fraktion

In allen Einrichtungen und bei allen Veranstaltungen des Rems-Murr-Kreises soll auf Einweggeschirr verzichtet werden, stattdessen soll Mehrweggeschirr verwendet werden.



Das gute Konzept des Geschirrmobils soll besser bekannt gemacht und bei Bedarf ausgebaut werden.

zur Kenntnis.

Der Antrag der SPD-Fraktion

Ausbau der stationären und mobilen Verkehrsüberwachung – Die Verwaltung legt dem Kreistag im Jahr 2019 ein Konzept zur Erhöhung der Verkehrssicherheit und zur Vermeidung der Lärmbelästigung vor

wird zur Kenntnis genommen. Ein Bericht soll im ersten Halbjahr 2019 erfolgen.

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Lückenschließung des Radwegenetzes Rems-Murr-Kreis – Berichtsantrag –

wird zur Kenntnis genommen. Ein Bericht über dieses Thema soll im zweiten Halbjahr 2019 im Ausschuss erfolgen.

§ 2

Standortkonzept für den Straßenbetriebsdienst

Drucksache 2018/202

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss beschließt einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung:



Die Verwaltung wird auf Grundlage der Ergebnisse der Standortuntersuchung für den Straßenbetriebsdienst im Rems-Murr-Kreis beauftragt, die Konzeption mit Straßenmeistereistandorten in Weinstadt und Backnang, sowie Winterdienststützpunkten in Breitenfürst und Murrhardt weiter zu konkretisieren und eine stufenweise Umsetzung der Konzeption vorzubereiten.

§ 3

Erteilung einer Weisung an den Vertreter des Rems-Murr-Kreises für die Gesellschafterversammlung der Energieagentur Rems-Murr gGmbH

Drucksache 2018/081

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss beschließt einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss erteilt dem Vertreter des Rems-Murr-Kreises die Weisung, in der Gesellschafterversammlung der Energieagentur Rems-Murr-Kreis gGmbH der Genehmigung des Finanz- und Wirtschaftsplanes 2019 zu zustimmen.

§ 4

Verschiedenes

Unter diesem Tagesordnungspunkt erfolgten keine Wortmeldungen.

Zur Beurkundung!

Der Vorsitzende:

Die Schriftführerin:



gez.

Dr. Richard Sigel

gez.

Sara Zaiss